11. 1. Bildet ein auf Grund des §. 133 der mit Verordnung des Großh. bad. Ministeriums des Innern vom 10. Juni 1874 erlassenen „Anleitung zur Verwaltungs- und Rechnungsführung bezüglich der weltlichen Ortsstiftungen“ (Ges. u. Verordnungsbl. für das Großherzogtum Baden von 1874 S. 209 flg.) von dem Bürger-

meister aufgenommenes Kassensturzprotokoll eine öffentliche Urkunde im Sinne des §. 348 Abs. 1 St.G.B.'s?

2. Wird die Eigenschaft einer öffentlichen Urkunde dann ausgeschlossen, wenn das Kassensturzprotokoll nicht durch den Rechner der Ortsstiftung unterzeichnet ist?

3. Was ist zur Erfüllung des Thatbestandes des §. 348 Abs. 1 St.G.B.'s in subjektiver Hinsicht festzustellen?

I. Straffenat. Urt. v. 10. Januar 1884 g. M. u. D. Rep. 2761/83.

I. Landgericht Waldshut.

Gründe:

1. Mit Unrecht bestreitet die Revision, daß ein auf Grund des §. 133 der mit Verordnung des Großh. badischen Ministeriums des Innern vom 10. Juni 1874 erlassenen „Anleitung zur Verwaltungs- und Rechnungsführung bezüglich der weltlichen Ortsstiftungen“ (Ges. und Verordn.-Bl. für das Großherzogtum Baden von 1874 S. 209 fig.) aufgenommenes Kassensturzprotokoll überhaupt eine öffentliche Urkunde im Sinne des §. 348 Abs. 1 St.G.B.'s bilde.

Unzutreffend sind zunächst jene Ausführungen der Revision, welche daraus entnommen sind, unter welchen Voraussetzungen sich die von einem Beamten geführten Register und Bücher als öffentliche Register und Bücher im Sinne des §. 348 Abs. 1 St.G.B.'s darstellen; denn im vorliegenden Falle handelt es sich nicht um solche Register und Bücher, vielmehr darum, ob der andere Thatbestand des §. 348 Abs. 1 St.G.B.'s vorliegt.

Nun bildet aber ein nach Maßgabe der bezeichneten Anleitung erwachsenes Kassensturzprotokoll eine öffentliche Urkunde, und zwar eine unter §. 383 C.P.D. fallende, welche letztere ihrerseits bezüglich des Begriffes einer öffentlichen Urkunde nach §. 380 C.P.D. zur Voraussetzung hat eine „Urkunde, welche von einer öffentlichen Behörde innerhalb der Grenzen ihrer Amtsbefugnisse oder von einer mit öffentlichen Glauben versehenen Person innerhalb des ihr zugewiesenen Geschäftskreises in der vorgeschriebenen Form aufgenommen ist.“ Von diesen Voraussetzungen trifft bezüglich eines nach Maßgabe der erwähnten Anleitung erwachsenen Kassensturzprotokolles jene zu, daß die Urkunde

von einer öffentlichen Behörde innerhalb der Grenzen ihrer Amtsbefugnisse aufgenommen wurde.

Die weltlichen Ortsstiftungen stehen, inhaltlich des Gesetzes vom 5. Mai 1870 über die Rechtsverhältnisse und die Verwaltung der Stiftungen (Ges.- u. Verordn.-Bl. für das Großherzogtum Baden von 1870 S. 399 flg.), der Vollzugsverordnung hierzu vom 18. Mai 1870 (Ges.- u. Verordn.-Bl. von 1870 S. 459 flg.) und der erwähnten Anleitung vom 10. Juni 1874, unter der Aufsicht des Staates. Dieser Aufsicht entspringt die ebengenannte Anleitung und dienen insbesondere die in §. 148 derselben angeordnete Rechnungsabhör durch das Bezirksamt und die in §. 155 der Anleitung bestimmte Rechnungsüberabhör, sowie die nach §§. 131—135 a. a. O. der Anleitung erfolgenden verschiedenen Sturzhandlungen, namentlich Kassenstürze; ihr dienen auch jene Sturzhandlungen, welche nach §§. 131. 134 a. a. O. von der Stiftungsbehörde selbst (oder einem ihrer Mitglieder) vorgenommen werden, somit, was den in Frage stehenden Ortsarmenfond betrifft, auch jene, welche von dem (nach §. 14 des Stiftungsgesetzes und §. 2 der Anleitung vom 10. Juni 1874 zur unmittelbaren Verwaltung berufenen) Gemeinderate oder einem seiner Mitglieder vorgenommen werden. Es handelt daher der Bürgermeister, welcher als Mitglied des Gemeinderates gemäß §§. 131 flg. der Anleitung einen Kassensturz bei dem Rechner einer weltlichen Ortsstiftung (hier bei dem Rechner des Armenfonds zu W.) vornimmt, als Beamter im öffentlichen Interesse. Deshalb ist ihm auch bezüglich des über die erfolgte Vornahme einer solchen Sturzhandlung aufzunehmenden Protokolles ein Beurkundungsrecht im öffentlichen Interesse verliehen. Mittels des Protokolles über die Sturzhandlung sollen mit Wirksamkeit für das öffentliche Interesse die Ergebnisse der hierbei von ihm gemachten Wahrnehmungen beurkundet werden.

Damit, daß hiernach das Protokoll auch eine von ihm vorgenommene Handlung darthut, wird dasselbe ferner nicht zu einer Beurkundung in eigener Sache. Der Beamte, welcher als solcher einen Kassensturz vornimmt, handelt damit nicht in eigener Sache, sondern erfüllt im öffentlichen Interesse die Pflichten des öffentlichen Dienstes; wenn nun das Protokoll über den Kassensturz zugleich eine Beurkundung über die Erfüllung einer ihm obliegenden öffentlichen Pflicht darstellt, so wird es dadurch nicht zu einer Beurkundung in eigener Sache. Es

liegt aber auch nicht etwa nach einer anderen Richtung eine eigene Sache des den Kassensturz vornehmenden und beurkundenden Beamten vor; insbesondere sind die Angelegenheiten des Ortsarmenfonds als solchen keine eigenen des Bürgermeisters.

Die bisherige Darlegung ergibt ferner, daß es sich bei der Aufnahme eines Kassensturzprotokolles nicht lediglich um eine Maßregel des inneren Dienstes handelt. Ebenso unzutreffend ist hiernach die Anführung der Revision, das Protokoll über den Kassensturz charakterisiere sich sachlich nur als Bericht an die vorgesezte Behörde, als Beleg im eigenen Interesse. Insbesondere schließt eine Beurkundung „über die Ergebnisse des Kassensturzes“ — wie sich §. 133 der Anleitung vom 10. Juni 1874 ausdrückt — nach dem Willen der Anleitung und der Natur der Sache die Beurkundung ein, daß der betreffende Beamte diejenigen Handlungen vorgenommen habe, welche den Begriff eines Kassensturzes bilden; erst durch die Vornahme jener Handlungen gewinnt er eine Grundlage für die „Ergebnisse“ des Kassensturzes und für die Beurkundung dieser Ergebnisse.¹

2. Was die Rüge anbelangt, das konkrete Kassensturzprotokoll bilde deshalb keine öffentliche Urkunde, weil es nicht von dem Rechner des Armenfonds unterzeichnet, hiernach nicht in der vorgeschriebenen Form aufgenommen sei, so ist, wie insbesondere aus §. 132 der Anleitung vom 10. Juni 1874 hervorgeht, der Rechner der Stiftung allerdings als ein „Beteiligter“ im Sinne des §. 133 der Anleitung anzusehen, und umfaßt daher die Bestimmung des §. 133 der Anleitung, daß das über die Ergebnisse des Kassen- und Naturaliensturzes aufzunehmende Protokoll „von allen Beteiligten zu unterzeichnen ist“, auch die Unterzeichnung durch den Rechner. Gleichwohl ergibt sich hieraus nicht mit Notwendigkeit der Schluß, daß der Mangel einer Unterzeichnung des Kassensturzprotokolles durch den Rechner der Stiftung demselben den Charakter einer öffentlichen Urkunde entziehe. Zunächst ist — wie das Reichsgericht bereits ausgesprochen hat, daß die Nichtbefolgung der Vorschrift des §. 12 Nr. 1 der preuß. Geschäftsanweisung für die Gerichtsvollzieher über die Beifügung der Amtseigenschaft des

¹ Vgl. über eine verwandte Frage, nämlich darüber, daß das Protokoll eines badischen Bürgermeisters über einen von ihm bei dem Gemeinderechner vorgenommenen Kassensturz eine öffentliche Urkunde im Sinne des §. 348 Abs. 1 St.G.B.'s bilde, Entsch. des R.G.'s in Straff. Bd. 5 S. 246 ffg.

Gerichtsvollziehers bei der Unterzeichnung unter dem Pfändungsprotokolle diesem nicht die Eigenschaft einer öffentlichen Urkunde entziehe und daher den Thatbestand des §. 348 Abs. 1 St.G.B.'s nicht ausschließe,

vgl. Urtr. des R.G.'s vom 14. Juni 1882 gegen M. Rep. 1075/82 —, nicht jede Formvorschrift als wesentlich in dem Maße zu erachten, daß bei Nichtbeobachtung derselben das Schriftstück sich nicht als eine „in der vorgeschriebenen Form aufgenommene Urkunde“ (§. 380 C.P.O.) darstellt. Sodann handelt es sich bei der Erfüllung der Vorschrift der Unterzeichnung durch den Rechner nicht um eine Handlung des das Rassensturzprotokoll aufnehmenden Beamten selbst, sondern um eine solche einer anderen Person, wengleich anzunehmen ist, es sei im Sinne der Anleitung gelegen, daß der das Protokoll aufnehmende Beamte auch für die Unterzeichnung des Protokolles durch jene andere Person (den Rechner) zu sorgen habe. Soweit das Rassensturzprotokoll den Charakter einer öffentlichen Urkunde erlangt und erlangen soll, gewinnt es dieselbe nur durch die Thätigkeit des den Rassensturz vornehmenden und ihn mittels des Rassensturzprotokolles beurkundenden Beamten und durch die ihm zu diesem Behufe gegebene Beurkundungsbefugniß. Die Mitunterzeichnung durch den Rechner erfolgt nicht kraft einer öffentlichen Beurkundungsbefugniß, sondern hat nur die Bedeutung einer Anerkennung der Richtigkeit der Ergebnisse des ihm gegenüber von dem öffentlichen Beamten vorgenommenen Aktes, sonach einer Anerkennung dieser Richtigkeit vonseiten des dadurch Betroffenen; diese Anerkennung kann daher an sich für die Erhebung des Rassensturzprotokolles zu einer öffentlichen Urkunde nicht von Belang sein, wie das Rassensturzprotokoll den Charakter einer solchen nicht dadurch verlieren würde, daß der Rechner auf die an ihn von dem Rassensturzbearbeiter ergehende Aufforderung zur Unterzeichnung desselben diese Unterzeichnung verweigern würde.

Nach diesen Erwägungen benimmt die Nichtunterzeichnung des Rassensturzprotokolles durch den Rechner diesem nicht den Charakter einer öffentlichen Urkunde und schließt sie sonach nicht die Unterordnung der Handlung des Angeklagten, Bürgermeister M., unter §. 348 Abs. 1 St.G.B.'s aus.

Hiernach kann nicht schon jetzt eine Freisprechung des genannten Angeklagten eintreten.

3. Dagegen führt folgende Betrachtung, die den Gegenstand einer

der eventuellen Rügen der Revision bildet, zur Aufhebung des angefochtenen Urtheiles, soweit es den Angeklagten Bürgermeister M. betrifft, nebst der ihm insoweit zu Grunde liegenden thatsächlichen Feststellung, und zur Zurückverweisung der Sache an das ersterkennende Gericht.

Der §. 348 Abs. 1 St.G.B.'s erfordert, daß der Beamte vor-
sächlich eine rechtlich erhebliche Thatsache falsch beurkundet habe. Zur Erfüllung dessen ist erforderlich nicht bloß, daß der Beamte das, was er beurkundet hat, vorsächlich in der von ihm erfolgten Weise beurkundet hat, sondern auch, daß er sich bewußt gewesen, der Sachverhalt sei anders, als er ihn beurkundet habe. Dieses Bewußtsein setzt voraus, daß der Beamte auch verstanden habe, was er beurkundet, sonach insbesondere auch bei dem Gebrauche gewisser Ausdrücke, namentlich technischer, in seiner Beurkundung den Sinn dieser Ausdrücke verstanden habe. Inhaltlich der thatsächlichen Feststellung hat nun das urteilende Gericht die falsche Beurkundung vonseiten des Angeklagten Bürgermeisters M. objektiv darin gefunden, er habe durch die Worte des Kassensturzprotokolles vom 31. Dezember 1880: „Es sind vorhanden 2c“ mit nachfolgender Aufzählung der Geldsorten im einzelnen bestätigt, daß ein Kassensturz vorgenommen worden sei, während er doch selbst gestehe, „daß er einen solchen Kassensturz nicht vorgenommen, nämlich sich nicht durch eigene Wahrnehmung vom Inhalte und Bestande der Kasse des Rechners überzeugt, vielmehr den Angaben des letzteren hierüber Glauben geschenkt und hiernach das Ergebnis beurkundet habe.“ Damit sich dasjenige, worin hiernach von dem urteilenden Gerichte objektiv eine falsche Beurkundung erblickt wird (nämlich die von dem Gerichte angenommene Beurkundung des dem wirklichen Sachverhalte nicht entsprechenden Umstandes, daß Bürgermeister M. sich durch eigene Wahrnehmung vom Inhalte und Bestande der Kasse des Rechners überzeugt habe), und die Erfordernisse des §. 348 Abs. 1 St.G.B.'s in subjektiver Beziehung decken, mußte in klarer Weise von dem urteilenden Gerichte festgestellt werden, es habe der Angeklagte seinerseits die Worte: „Es sind vorhanden 2c“ dahin aufgefaßt, daß er sich durch eigene Wahrnehmung vom Inhalte und Bestande der Kasse des Rechners überzeugt habe, und er habe mit den Worten: „Es sind vorhanden 2c“ beurkunden wollen, daß er sich durch eigene Wahrnehmung — nämlich durch Nachsehen in der Kasse des Rechners und Zählen ihres Inhaltes — vom Inhalte und Bestande der Kasse des Rechners überzeugt habe. Eine solche

Klare Feststellung war zunächst deshalb angezeigt, weil der äußere Wortausdruck: „Es sind vorhanden“ nicht zugleich darüber sich verbreitet, in welcher Weise die Überzeugung des Beamten von diesem Vorhandensein gewonnen worden sei; sie war aber durchaus geboten durch die ganze Sachlage und die Verteidigungsweise des Angeklagten M. In dieser Beziehung ergibt namentlich das die Einwendungen gegen die Eröffnung des Hauptverfahrens enthaltende Schriftstück vom 30. August 1883, aber auch der Inhalt der Entscheidungsgründe und das Protokoll über die Hauptverhandlung das Vorbringen des Angeklagten M., daß er nicht genügend darüber unterrichtet gewesen, was ein Kassensurz sei, was er hierbei vorzunehmen, auf welche Weise insbesondere der Bestand der Kasse festzustellen und was der Sinn der im Kassensurzprotokolle gebrauchten Ausdrücke sei. Statt einer solchen klaren und den Sachverhalt in erschöpfender Weise würdigenden Feststellung hat sich das urteilende Gericht in subjektiver Hinsicht mit den Worten begnügt: „Zur Vorsätzlichkeit genügt das Bewußtsein, daß das, was als geschehen beurkundet wird, nicht geschehen ist; eine rechtswidrige Absicht wird nicht erfordert.“ Diese Worte verbreiten sich nur allgemein darüber, in welchem Umfange eine Feststellung in subjektiver Hinsicht geboten sei; allein auch wenn damit zugleich indirekt ausgedrückt werden wollte, es liege dasjenige, was nach Ansicht des urteilenden Gerichtes in subjektiver Hinsicht festzustellen sei, im konkreten Falle vor, so erhellt aus jenen Worten nicht mit Deutlichkeit, welcher speziellen Thatfachen sich nach der Annahme des urteilenden Gerichtes der Angeklagte M. bewußt gewesen sei, insbesondere ob er sich bewußt gewesen sei, er beurkunde mit den Worten: „Es sind vorhanden“, daß er durch eigenes Nachsehen und Zählen sich von dem im Kassensurzprotokolle angegebenen Inhalte und Bestände der Kasse des Armenfondsrechners überzeugt habe.

Es kann hierbei dahingestellt bleiben, ob nach der geschilderten Sachlage das urteilende Gericht nicht auch Veranlassung gehabt hätte, sich ausdrücklich auch darüber auszusprechen, daß sich der Angeklagte M. der rechtlichen Erheblichkeit der nach der Annahme des urteilenden Gerichtes von ihm falsch beurkundeten Thatfache bewußt gewesen sei.